

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1946**

31 (29.11.1946)

# Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 31

Mannheim, den 29. November 1946

Preis 10 Pfg.

## Kommunistischer Stimmengewinn

### Nur 50% für die Verfassung — Verluste der CDU

Bei der Landtagswahl am 24. November in Württemberg-Baden erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 71,7 v.H. (am 30. 6. 1946: 67,4 v.H.):

die CDU 486 734 (474 556), die DVP 247 542 (195 053),  
die SPD 403 554 (374 922) und die KPD 129 685 (116 655) Stimmen.

Bei einer Gesamtzahl von 1 870 208 Stimmberechtigten wurden für die Verfassung abgegeben:

an Ja-Stimmen 921 181,  
an Nein-Stimmen 140 721.

In Stuttgart erhielt:

die CDU 43 585 (42 182), die DVP 51 589 (47 240),  
die SPD 61 929 (61 681), die KPD 27 274 (23 395) Stimmen.

Im kommenden Landtag erhält:

die CDU 39 (41), die DVP 19 (17),  
die SPD 32 (32), die KPD 10 (10) Sitze.

Nur knapp 50 Prozent der Stimmberechtigten haben zu der vorgeschlagenen Verfassung Ja gesagt. Die Hälfte aller Wahlberechtigten sagte Nein, oder hat ungültige Stimmzettel abgegeben, wenn sie der Wahl nicht überhaupt ferngeblieben sind. Rechnen wir dazu, daß fast alle Flüchtlinge noch kein Wahlrecht hatten und hunderttausende Kriegsgefangene an der Wahl nicht teilnehmen konnten, so müssen wir feststellen,

daß nur eine Minderheit der württembergisch-badischen Bevölkerung die Verfassung beschlossen hat, die nun das für alle verbindliche Staatsgrundgesetz sein soll.

Dieses Abstimmungsergebnis bestätigt die von den Kommunisten vertretene Auffassung, daß es noch verfrüht war, eine Verfassung auszuarbeiten und daß es viel richtiger gewesen wäre, man hätte sich begnügt mit einem Organisationsstatut und hätte dann schon längst alle Kraft und Aufmerksamkeit der Regierung und des Landtages auf die Abwendung der drohenden Hunger- und Kältekatastrophe konzentrieren können. Auch die

geringe Wahlbeteiligung

zeigt, daß es der Regierung und den in ihr maßgebenden Parteien nicht gelungen ist, die politische Aktivität der Bevölkerung zu wecken und das Vertrauen in eine demokratische Entwicklung zu stärken. Das Ansteigen der Wahlbeteiligung von 67 auf 71 Prozent ist nur auf das flache Land zurückzuführen, wo im vergangenen Sommer die Wahlbeteiligung der Landbevölkerung wegen der Erntearbeiten besonders schlecht war. In den großen Städten Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg ist die Wahlbeteiligung sogar noch etwas zurückgegangen, oder gleich geblieben.

Das Ergebnis der Landtagswahlen bringt noch

keine wesentliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Parteien.

Die Kommunistische Partei hat sich gegen den Ansturm aller anderen Parteien erfolgreich behauptet, sie hat 13 000 Stimmen gewonnen, vor allem in Stuttgart und Mannheim, aber auch in anderen Städten hat sie von allen Parteien die prozentual stärkste Stimmzunahme. Sie konnte so ihre Mandatszahlen halten und eine geringe Verbesserung ihres Stimmenanteils erzielen. Der Vertrauensbeweis, den unsere Partei damit unter den schwierigsten Bedingungen erhielt, wird uns Kommunisten ein Ansporn sein, mit verstärkter Kraft den Kampf für die Lebensinteressen des werktätigen Volkes weiterzuführen.

Der Verlierer bei den Landtagswahlen ist die CDU.

Obwohl ihr die stärkere Wahlbeteiligung in ihren Hochburgen, den Landbezirken, zugutekam, ist ihr prozentualer Anteil zurückgegangen, in manchen Städten hat sie sogar absolute Stimmen-Verluste. Der Rückgang dieser Partei, der schon von den Gemeindewahlen bis zum 30. Juni festzustellen war, hat sich weiter fortgesetzt. Immer größere Kreise des werktätigen Volkes durchschauen den Mißbrauch, daß die CDU mit ihrer angeblichen Verteidigung des Christentums und der Religion nur ihre reaktionären Ziele tarnt. Ebenso wenig zog das Argument, daß die CDU die stärkste Partei sei und der Hinweis auf ihre Majorität in Südwürttemberg und Südbaden.

Das Wahlergebnis ist eine klare Absage an das Zweiparteiensystem.

Dies ist vor allem der DVP zugute gekommen, die den Verlust der CDU aufgenommen hat.

Leider ist die Zurückdrängung der CDU nicht zu Gunsten der Arbeiterparteien erfolgt.

Es rächte sich wieder das getrennte Marschieren von SPD und KPD, der Zweifrontenkampf, den die SPD gleichzeitig gegen die Kommunisten geführt hat. Der

Nutznieser dieser Spaltung der Arbeiterschaft war die bürgerliche Partei, die DVP. Diejenigen Wähler, die sich durch die antikommunistische Propaganda der SPD beeinflussen ließen, haben nicht die SPD gewählt, wie es deren Spekulation war, sondern sie haben es vorgezogen, dann schon offen eine antisozialistische Partei, die DVP, zu wählen. Die SPD konnte wohl entsprechend der größeren Wahlbeteiligung an Stimmen zunehmen, sie hat aber ihren prozentualen Stimmenanteil und ihre Mandate nur ganz knapp gehalten.

Umso notwendiger ist wenigstens in Zukunft die enge Zusammenarbeit von SPD und KPD.

Die Parteien werden nun durch ihre praktische Tätigkeit in Landtag und Regierung beweisen müssen, ob sie das Vertrauen der Wähler verdienen. Anstelle der von der Besatzungsmacht eingesetzten Regierung wird nun eine vom Landtag gewählte und kontrollierte Landesregierung treten. Damit wird auch die notwendige Klarstellung erreicht, was Befehle der Militärregierung sind und wofür die deutschen Behörden selbst verantwortlich sind. Es ist nun an den größeren Parteien, entsprechend der ihnen durch die Wahl übertragenen Verantwortung, ihr Regierungsprogramm vorzulegen. Die Kommunistische Partei hat klare, praktische Vorschläge gemacht. Sie ist bereit, ihr Teil der Verantwortung zu tragen und überall mitzuarbeiten, wo dadurch eine Linderung der gegenwärtigen Not und eine fortschrittliche Entwicklung in der Zukunft erreicht werden kann.

## Die Aufgaben des neuen Landtags

Die nächst wichtigsten Aufgaben des neu gewählten Landtags und der Regierung sind nach unserer Auffassung:

Maßnahmen gegen Hunger und Kälte und Schaffung genügenden Wohnraums. Vorbereitung der nächsten Feldbestellung in der Weise, daß aber auch in der Tat nicht nur in Worten das letzte Stück anbaufähiges Brachland bestellt wird. Ferner Maßnahmen seitens der bäuerlichen und städtischen Bevölkerung, Ernährungsausschüsse, Kontrollorgane zu schaffen, die eine demokratische Mitwirkung der werktätigen Kräfte zur Durchführung dieser Aufgaben ermöglichen. An großen staatspolitischen Aufgaben steht die Mitwirkung der wirtschaftlichen und politischen Einheit aller vier Zonen im Vordergrund. Jeder Schritt in dieser Richtung bedeutet zurzeit einen wertvollen Beitrag, um dieses Problem aus der Atmosphäre des Mißtrauens und der kurzschichtigen Sonderinteressen herauszuheben.

Albert Buchmann,  
Landesvorsitzender der KPD Württemberg-Baden (Rundfunkansprache vom 25. 11. 46)

gürren, um die durch den Krieg  
ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die  
Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rück-  
gang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein  
Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs  
normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben  
geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr  
1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen  
und der kommunistischen Partei:

Vereint Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.  
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den  
Kampf gegen den Militarismus, in der er den  
Gedanken verfocht, den Klassenkampf in das  
Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel  
„Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische  
Landesbibliothek

Badische  
Landesbibliothek

## Betriebsrätevollversammlung sagt:

# Mitbestimmung der Werktätigen: Der einzige Weg aus der Katastrophe!

Die Betriebsrätevollversammlung der Mannheimer Betriebe am 25. 11. 46 nahm in Anwesenheit des Arbeitsministers von Württemberg-Baden, Rudolf Kohl, und unter Leitung von Paul Schreck nach lebhafter Aussprache in einer Reihe von Resolutionen zu verschiedenen wichtigen Fragen, welche von entscheidender Bedeutung für die gesamte werktätige Bevölkerung sind, Stellung.

### Die Stromverkürzungen

Die Durchführung der Stromverkürzung, so erklärte Arbeitsminister Kohl in seinem Referat, wäre von einschneidender Bedeutung für die Wirtschaft und für die Lebenshaltung der Schaffenden. 120 000 Arbeiter in Württemberg-Baden würden dadurch arbeitslos. Unter keinen Umständen darf dies dazu führen, daß der ohnehin schon schmale Geldbeutel des Arbeiters dadurch noch mehr geleert wird. Ein Lohnausgleich durch Fortzahlung des Lohnes auf Kosten des Unternehmers oder aber eine Unterstützung aus Staatsmitteln muß das schaffende Volk vor der gänzlichen Verelendung bewahren.

„Es darf keine Reduzierung des Einkommens der Arbeiter- und Angestelltenschaft, sowie ihrer Lebensmittelkartenzulage erfolgen, wenn durch die Stromsperre die erforderliche Stundenzahl nicht erreicht werden sollte.“

so heißt es in der Resolution der Mannheimer Betriebsräte, welche an die Stadtverwaltung, an den Stadtrat, an den Vorstand des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden, an die Militärregierung und an die deutschen Regierungsstellen, das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium gerichtet wurden.

Die Gewerkschaft ist bemüht, die Strom einschränkungen möglichst so zu gestalten, daß sie keine größeren wirtschaftlichen Störungen und keine Verschlechterung der Lebensbedürfnisse der Schaffenden mit sich bringen. In einer einstimmigen Entschließung der Betriebsrätevollversammlung heißt es:

„Die durch den Kontrollrat verfügten Stromsperrungen in Höhe von 30 % drohen 120 000 Arbeiter zu Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit zu verurteilen. Zur Abwehr dieser Gefahr ist die genaue Erfassung aller verbliebenen Strommengen und ihre Verteilung und ihr Einsatz nach den Erfordernissen der Dringlichkeit der einzelnen Produktionsgebiete und Produktionszweige vorzunehmen. — Um zu verhindern, daß dabei lediglich nach privatkapitalistischen Sonderinteressen, sondern nach den Gesichtspunkten der gesamten Produktion verfahren wird, fordert die Betriebsrätevollversammlung vom 25. 11. 46 die mitbestimmende Beteiligung der Gewerkschaften bei der Kontrolle der planmäßigen Verteilung der uns verbleibenden Strommengen.“

### Der Angriff auf die Schwerarbeiterzulage

Eine auf der Versammlung selbstgewählte Delegation von Betriebsräten wird die verschiedenen Resolutionen der Betriebsrätevollversammlung der Regierung unterbreiten und sie von den Forderungen der Arbeiterschaft in Kenntnis setzen. Insbesondere protestierte die Versammlung im Namen aller Mannheimer und nordbadischen Arbeiter gegen den Lebensmittelkartenabbau für Schwer- und Schwerstarbeiter mit einer Entschließung, der wir folgendes entnehmen:

„Auf der Vollversammlung des Parlaments am 24. Oktober 1946 wurde einstimmig die Weitergewährung der Schwerarbeiterzulage für Baden beschlossen. Das Staatsministerium wurde ersucht, sofort die entsprechenden Anweisungen zu erteilen. Trotzdem hat im Landkreis Mannheim der Abbau der Schwerarbeiterzulage begonnen.“

Die am 25. 11. 46 in Mannheim tagende Betriebsrätevollversammlung fordert, daß die bereits eingeleiteten Kürzungen sofort rückgängig gemacht und die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, daß die Schwerarbeiterzulage unter allen Umständen gesichert bleibt.“

Hände weg von der Schwerarbeiterzulage! Das schaffende Volk wird sich mit allen Mitteln wehren gegen den Versuch der engstirnigen und beschränkten reaktionären Bürokraten, die Arbeiterschaft mit den Folgen des

Versagens und der Sabotage der Ernährungsbehörden zu belasten und den Ausweg aus der von ihnen herbeigeführten Hungerkatastrophe auf Kosten der Werktätigen zu suchen. Das tägliche Brot des Arbeitmannes darf nicht angetastet werden!

### Die Werksküchen unerlässlich für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft!

Die Betriebsrätevollversammlung weist auf die große Bedeutung der Ausgabe von zusätzlichem Essen durch Betriebsküchen für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft und damit der Produktion hin. In einer der Resolutionen heißt es:

„Trotz der Zusage, die den Gewerkschaften gemacht wurde, wonach den Betriebsküchen pro Kopf der Belegschaft 80 gr Kartoffeln zu liefern seien, sind diese Lieferungen nie oder nur spärlich erfolgt, sodaß die Gefahr von weiteren Schließungen von Betriebsküchen gegeben ist.“

Die am 25. November 1946 versammelten Betriebsräte fordern daher die unbedingte Aufrechterhaltung der Betriebsküchen, ihre Belieferungen mit den notwendigen Kartoffelmengen und Erklärungen der zuständigen Stellen über die Gründe der unterbliebenen Belieferungen der Werksküchen.“

### Gründlicher Umbau der Ernährungs- und Wirtschaftsämter!

In einer anderen Resolution heißt es:

„Die Kartoffelaktion der Gewerkschaften hat bewiesen, daß die verantwortlichen Stellen des Landeswirtschafts- bzw. Ernährungsamtes nicht alles getan haben, um die notwendigen Lebensmittel, soweit unsere eigenen Möglichkeiten reichen, sicherzustellen. Sie hat weiterhin gezeigt, daß die Ursachen unserer Ernährungsnotlage in einem bedeutenden Teil in der mangelhaften Erfassung und dem Fehlen jeder wirklichen Ablieferungskontrolle zu suchen sind.“

Die Betriebsrätevollversammlung vom 25. 11. 46 fordert daher einen gründlichen Umbau der Ernährungs- und Wirtschaftsämter unter Entfernung der bisher Verantwortlichen, die sich als unfähig erwiesen haben, unter der mitbestimmenden Einschaltung der Gewerkschaften.“

Die Mannheimer Betriebsräte haben klar erkannt, wer die wirklich Schuldigen sind. Die Schaffenden hungern, weil die reaktionären Bürokraten in den Regierungen und der Ernährungswirtschaft unfähig sind, die Probleme zu lösen, ja sogar in der Absicht, die Demokratie zu diskreditieren, Sabotage betrieben und den Hunger, die Unordnung und das Chaos bewußt hervorgerufen.“

Die Mannheimer Betriebsräte haben auch klar den Weg erkannt, den es zu begehen gilt, um die Schaffenden und das ganze deutsche Volk vor dem Untergang in Hunger und Elend zu bewahren. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, die Regierungsstellen, die Ernährungs- und Wirtschaftsämter müssen grundlegend gereinigt werden von allen unfähigen „Fachleuten“ und Reaktionären, damit eine wirkliche Demokratisierung unseres gesamten Lebens ermöglicht wird.“

Die Mannheimer Betriebsräte haben klar erkannt: Entschiedene Demokratisierung, das ist der einzige Ausweg aus der Katastrophe! Und das bedeutet: Verwirklichung des vollen und entscheidenden Mitbestimmungsrechts des schaffenden Volkes!

### „Wilhelm Liebknechts Volks-Fremdwörterbuch“ in neuer Auflage

Der Verlag JHW Dietz Nachf. GmbH, Berlin bereitet eine von der Karl-Marx-Hochschule bearbeitete Neuauflage von „Wilhelm Liebknechts Volks-Fremdwörterbuch“, das schon vielen Arbeiterfunktionären zur Erweiterung und Ergänzung ihres Wissens gedient hat, vor. Der Text wird neu überprüft und wird die Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte berücksichtigt. Der Verlag schenkt damit der Arbeiterschaft einen wertvollen und altbewährten Helfer, der viel dazu beitragen wird, sie für die großen Aufgaben zu wappnen und zu schulen, die vor dem deutschen Volke stehen. Es ist zu hoffen, daß die neue Auflage, die schon im Januar des kommenden Jahres erscheinen soll, auch dem schaffenden Volke in unserer Zone zugänglich gemacht werden kann.

## Ein Plakat der KPD

hat den schwerfälligen Apparat der Bürokraten von den verschiedenen Wirtschafts- und Ernährungsämtern, welche im allgemeinen durchaus nicht bereit sind, der Öffentlichkeit Einblick in ihr erfolgreiches „fachmännisches“ Wirken zu geben, in Bewegung gebracht.

Die in diesem Plakat und in verschiedenen Berichten der „Badischen Volksstimme“ angeführten Tatsachen haben die Pressestelle des Landesbezirks Baden zu einer Erklärung veranlaßt, die in allen Zeitungen veröffentlicht und durch den Sender Stuttgart mehrfach übertragen wurde.

Leider müssen wir feststellen, daß die Pressestelle des Landesbezirks Baden doch nicht so informiert ist über die Vorgänge, die sie durch ihre Veröffentlichung berichtigen will, wie es eigentlich sein müßte. Der Präsident des Landesernährungsamtes schreibt uns am 25. 11. 1946:

„Betr.: Ausgabe vom 7. Nov. 1946 Nr. 28  
Fabrik Mannheim — „Richtig berichtigen““

In Ihrer im Betreff genannten Ausgabe werde ich aufgefordert, richtig zu berichtigen. Ich tue das um so lieber, als ich Sie bitten möchte, sich in Zukunft an die Tatsachen zu halten. Das Protokoll des Wirtschaftsministeriums in Stuttgart vom 3. August 1946 anlässlich der Tagung der Kreisernährungsämter unter Vorsitz von Herrn Dr. Eisenmann vom LEA Stuttgart besagt wörtlich folgendes:

Feststellungen haben ergeben, daß in einem Monat in der amerikanischen Zone von Württemberg allein 80 000 Lebensmittelkarten gestohlen worden sind.

Es ist mit keinem Wort davon die Rede, daß dies in Württemberg-Baden, noch viel weniger in Baden selbst der Fall gewesen wäre. Vielmehr kann ich Ihnen berichten, daß in Baden seit 1. Januar 1946 bis zum heutigen Tage 9733 Lebensmittelkarten gestohlen wurden, das ist weniger als ein Promille der Gesamtmenge, die zur Ausgabe gelangte, davon entfällt ungefähr die Hälfte allein auf die Stadt Mannheim.

Auf den zweiten Absatz Ihres Artikels wegen der Mehl-Type 1000 bzw. 1000 erübrigt sich eine Berichtigung, da ich eine solche vorher niemals abgegeben habe.“

Das fragliche Protokoll vom 3. 8. 46 besagt also, daß in Württemberg allein monatlich 50 000 Lebensmittelkarten gestohlen wurden. Wieviel Karten sind es in Württemberg-Baden insgesamt? Allein in Mannheim wurden in letzter Zeit, wir wiederholen dies, 20 000 Lebensmittelkarten gestohlen. Wenn die Pressestelle „berichtigt“, daß nur 4733 Lebensmittelkarten gestohlen wurden, so muß sie allerdings dabei hinzufügen, daß 2 mal 6 000 Krankenkarten auf dieselbe Weise verschwanden, und das gibt nach Adam Riese 20 000. Mäßen wir nicht eine runde Summe genannt, sondern die einzelnen Posten nacheinander aufgezählt, so hätten wir auch aufzählen müssen die Unterschlagungen bei der Kartenabrechnungsteile in Mannheim, wegen der vor einiger Zeit ein Beamter vor dem Gericht stand. Wir hätten anführen müssen die Lebensmittelkarten, welche in Spielberg, Kreis Karlsruhe, und auch in Pforzheim gestohlen wurden, und hätten so eine recht beachtliche Liste zustande gebracht. Eine Liste allerdings, die sicherlich nicht alles enthält, was auf diesem Gebiet geschehen ist, denn dies sind nur Fälle, die uns ein mehr oder minder glücklicher Zufall zur Kenntnis gebracht hat.

Wenn die Pressestelle wahrhaben will, daß lediglich 2000 gr Mehl anlässlich der Kontrolle der Mannheimer Bäckereien als auf unerklärliche Weise verschwunden festgestellt wurden, so ist diese Stelle zumindest nicht richtig informiert. Insgesamt 11000 gr Mehl wurden als „Schwund“ bei 16 Mannheimer Bäckern festgestellt. Mit verschiedenen dieser Geschäftsleute befaßt sich gegenwärtig die Staatsanwaltschaft. Die von uns genannte Zahl ist richtig.

Was den Prozentsatz der schwarzgeschlachten Schafe anbelangt, so stammt unsere Information, daß nur 1—4 Prozent der Schlachtungen gemeldet, die übrigen 97 Prozent aber schwarz geschlachtet werden, von niemand anderem als von dem Herrn Minister Dietrich, dem Beauftragten für die Ernährung für die gesamte britische und amerikanische Zone. Wenn das Ernährungsamt, wie es in Punkt 3 der Mitteilung der Pressestelle heißt, lediglich wenige Fälle von Schwarzschlachtungen feststellen konnte, so ist das nicht unsere Angelegenheit. Der Herr Minister Dietrich, unser Gewährsmann, hat öffentlich erklärt, daß jedes

Fachmann weiß, daß eine gesunde Mutterherde sich jährlich um 100 Prozent erneuert. Wir empfehlen der Pressestelle des Landesbezirks Baden, dem Herrn Minister Dietrich eine öffentliche Belehrung darüber zu erteilen, daß er über diesen Sektor der Ernährungswirtschaft nicht im Bilde ist.

Wir wiederholen nochmals, daß die einzige Konsequenz aus diesen wenigen Tatsachen, welche zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt sind, die sein kann, alle einschlägigen Behörden, die Regierungsstellen, die Wirtschaft- und Ernährungsämter und die Bewirtschaftungsverbände, welche schuld sind an der Ernährungskatastrophe, gründlich zu säubern. Das neugewählte Parlament wird als eine seiner ersten Aufgaben eine gründliche Ueberprüfung unserer Ernährungswirtschaft vorzunehmen haben, und die bisher Verantwortlichen, deren Unfähigkeit, mit den Dingen fertig zu werden, zur Genüge erwiesen ist, zu entfernen. Darüber hinaus gilt es, den einzigen Weg zu begehen, der aus der Hungerkatastrophe herausführt, das Mitbestimmungsrecht, die Mitwirkung und die Kontrolle der schaffenden Bevölkerung auch in der Ernährungswirtschaft zu verwirklichen.

### Spruchkammer und Waldhofkonzern

Schon einmal waren wir genötigt, die bis noch vor kurzem im Waldhofkonzern amtierende Nazigröße, Direktor Dr. Erwin Schmidt, der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu rücken. Es lagen uns seinerzeit die von ihm gehaltenen Reden, abgedruckt im „Waldhöfner“ vor. Im Heft 5, 3. Jahrgang, September 1938, Seite 9-12, ließ dieser Direktor Dr. Erwin Schmidt unter anderen Geistesblitzen auch folgende vom Stapel:

„Als der Nationalsozialismus das Reich wieder aufrichtete, war es klar, daß dieses eine dauernde Bedrohung inmitten seines Lebensraumes nicht dulden konnte, und es zeigte sich immer deutlicher, daß dieses neuen Reiches erbittertsten Feinde auf der alten Kaiserburg saßen. Wie unser Führer diese Anschläge zu nichte machte, die feindliche Festung ohne Schwertrich zerbrach und damit eine Millionenarmee völlig entwaffnete, das ist die stolze Vergangenheit dieses Frühjahres, die wir alle bewegten Herzens erleben. Welch ein Zutrauen müssen wir haben, zu einem Manne, dem eine solche Großtat gelang. Großdeutschland und das Römische Imperium sind in der Zukunft die Mächte, die das Geschick Europas bestimmen. Wir sind stolz darauf, daß wir einen Führer haben. Bewegten Herzens gedenken wir in dieser Feierstunde unseres großen Führers und grüßen ihn voll unbegrenzten Vertrauens mit einem dreifachen...“

Und in seinem Vortrag 1938 beim Überfall auf Österreich rief dieser selbe Direktor Schmidt seiner Zellstoffgehilfschaft unter anderem zu:

„Dieses Dritte Reich ist wieder auf tiefem und breitem Grund gebaut, bereit, ein neues Jahrtausend zu überdauern. Wir aber, die wir diese Tage miterleben dürfen, blicken voller Bewunderung auf seinen Erbauer Adolf Hitler und erleben vom Himmel, daß er uns lange erhalten bleiben möge, damit er sein großes Werk weiter ausbauen und seiner Vollendung entgegenführen kann.“

Daß er seiner Charakterlosigkeit die Krone aufsetzte und am 29. Juli 1944 an den „gesetzten Führer“ ein Glückwunschtelegramm sandte, sei nur der Komik halber erwähnt.

Diese Originalreden wurden auf eine Anforderung hin der Spruchkammer Mannheim übergeben!

Und was sagt diese zu den übergebenen Originalen? Sie schreibt an den Betriebsrat wie folgt:

Mannheim, den 18. 11. 1946.

Betr.: Meldebogen-Nr. 56/11/1274.

Dr. Erwin Schmidt, Chemiker.

Zu Ihrem Schreiben vom 6. 11. 1946, auf welches ich hiermit zurückkomme, erlaube ich, mir zu den einzelnen, den Betroffenen belastenden Behauptungen auch Zeugen zu benennen, die für die Behauptungen auch geradestehen. Es müssen also Zeugen sein, welche die Rede mit eigenen Ohren gehört haben und bereit sind zu beschwören, daß Dr. Schmidt diese Rede gehalten hat. Sie wollen dies umgehend tun, da allein auf die mir jetzt von der Volksstimme gewordenen schriftlichen Mitteilungen die Klage nicht gestützt werden kann.

Der Öffentliche Kläger,

Der Öffentliche Kläger ist also der Ansicht, daß Originaltexte einer Rede bei weitem nicht stichhaltig sind, sondern er verlangt Zeugen, welche diese Reden mit eigenen Ohren gehört haben und bereit sind zu beschwören, daß Dr. Schmidt diese auch gehalten hat. Wir verstehen es absolut, wenn der Öffentliche Kläger in dem Bestreben, Recht und Unrecht aufzuklären, alle Möglichkeiten zur Wahrheitsfindung erschöpft. Aber der vorliegende Fall kann auch von dem mildesten Beurteiler schwerlich anders als skandalös bezeichnet werden. Das Verlangen des Öffentlichen Klägers ist genau so absurd, wie wenn man die ganze christliche Lehre, die in der Bibel verankert ist, ablehnen wollte, weil keine Zeugen dafür da sind, die die Richtigkeit heute beschwören können. Oder glaubt die Spruchkammer die 60tägige Bewährungsfrist durch solche Forderungen bestehen zu können?



Wir hoffen, daß der Öffentliche Kläger sich auch ohne Zeugen an die Originaltexte, die ihm ja schon lange vorliegen, hält oder sollte gar der „Betroffene“ Direktor Dr. Schmidt seine enthusiastischen Ergüsse abstreiten? Neu wäre diese Methode bei den sattem bekannten Verteidigungsflüchtlingen des schwerbelasteten Pg's nicht!

### Hei lewet noch!

Der sattem bekannte Herr Bürgermeister Theophil Kaufmann aus Ettlingen verkündete in Nummer 109 der „Bad. Neuesten Nachrichten“ einer nur am Rande interessierten Öffentlichkeit, daß er noch lebe. Diese Offenbarung hat uns keineswegs erstaunt, da wir von seinem Ableben nichts gehört hatten. Sogar die lautstark vorgebrachte Ankündigung seines — so Gott will — baldigen Wiedererscheinens auf der politischen Tribüne konnte uns nicht erschüttern. Ganz im Gegenteil! Kaufmann fehlte uns geradezu in den letzten Wochen, denn seit dem Tage seines Amtsantritts auf dem Ettlinger Rathaus bildete die ununterbrochene Reihe seiner politischen Schnitzer für uns einen Quell nahezu ungetrübter Heiterkeit. Und wer kann uns in dieser freudearmen Zeit unser Vergnügen an den unfreiwilligen Späßen der Patentchristen verdenken? Dazu kommt noch ein wichtiges politisches Moment: wir bedauern jede durch einen Krankheitsurlaub verursachte Verzögerung des Rekordtempo, in dem Kaufmann den ihm von seinen Wählern gewährten Vertrauens Kredit verschleißt.

Die Serie seiner Schnitzer setzt er mit seinem Artikelchen fort, in dem er im gewohnten Traktätchenstil vom „bitteren Mangel seiner letzten Jahre“, von den „Auch-Politikern“, von seinem badisch-württembergischen Volke und selbstverständlich und wiederholt vom lieben Gott sprach.

Was „bitterer Mangel“ wirklich ist, scheint dem frommen Herrn, der Krieg und Nazizeit als Hausbesitzer, als Inhaber einer bekannt lukrativen Hühnerzucht und als prominentes Mitglied der Goebbelschen Reichsschrifttumskammer recht ordentlich überwinterte, wohl doch nicht so ganz klar zu sein. Aber wir haben Verständnis für seine Absicht, sich nachträglich auf billige Weise ein Märtyrerkrönchen zu erschleichen.

Mit den „Auch-Politikern“ meint er wohl die Männer, die in der schwersten Stunde der Geschichte unserer Heimat unter dem Einsatz all ihres Idealismus' und all ihres Könnens Stadt und Land aus dem größten Dreck rissen, dieweilen er und seine Mannen zuhause hinterm Ofenschirm vor den Fährnissen dieser bösen Welt zitterten. Wir wünschen ihm und uns selbst, daß die Ergebnisse seiner so warm angepriesenen Regierungskünste dereinst den Vergleich mit den Leistungen dieser „Auch-Politiker“ aushalten. Seine biederen Worte an die Adresse des badisch-württembergischen Volkes erfreuen uns durchaus. Möge das Volk Glück haben auf dem Wege, den ihm der aus Norddeutschland zugewanderte Herr Kaufmann so nachdrücklich empfiehlt. Die schmerzliche Erinnerung an die Irrwege, auf die uns seit nunmehr fast 80 Jahren seine Landsleute mit bombastischem Redeschwall getrieben haben, erfüllt uns mit leiser Skepsis!

Unklar bleibt die Sache mit dem lieben Gott. Welcher ist nun tatsächlich von Kaufmann gemeint? Der, dem er als wortführendes Mitglied einer heiligmäßigen Sekte bis zum 31. Dezember 1945 gedient hatte? Oder der öffentlich-rechtlich anerkannte liebe Gott der evangelisch-lutherischen Kirche, der er am 1. Januar 1946 nach pomphaft vollzogener Umtaufe beitrug? Böse Menschen unterstellten ihm, er hätte sich der Prozedur des Glaubenswechsels vor allem in der Hoffnung auf eine politische Karriere in der CDU unterzogen. Er habe gefürchtet, mit seiner Sektzugehörigkeit im neuerstandenen allerchristlichsten Staat keinen Staat machen zu können. Wir, die „Auch-Politiker“, sind nicht so geschässig. Wir glauben dem guten Herrn Bürgermeister Kaufmann, daß er sich aus reinster Überzeugung umtaufen ließ. Und wenn er nicht gar so viel und gar so laut vom Christentum und vom lieben Gott spräche, glaubten wir es ihm sogar noch lieber!

### Rekord einer entlasteten CSU Größe!

Den Schnelligkeitsrekord bei der Spruchkammer (60 Tage sind bald vorbei) hat der Landtagsabgeordnete der CSU, Walter Held aus Roding, der Neffe des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held aufgestellt. Auf einer Bezirksversammlung der CSU Regensburg wurde Held das Abgeordnetenmandat mit der Begründung entzogen, die Militärregierung wünsche keinen Mitläufer als Abgeordneten. Held, der einige Tage zuvor von der Spruchkammer III, Regensburg als Mitläufer eingestuft worden war, verließ darauf diese Versammlung, kehrte nach einer Stunde zurück und überreichte dem verblüfften Landesvorsitzenden einen Entlastungsschein der Spruchkammer III, aus dem hervorgeht, daß er von dem Gesetz nicht betroffen sei!

gärten, um die Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg



### Mannheim

#### Mysteriöse Warenbestände

Vor einigen Wochen wurde bei dem Kartoffelgroßhändler Kuch in Mannheim-Waldhof eingebrochen. Die Beute ergab ziemlich erhebliche Mengen an Bohnenkaffee, Tee, Zucker, Öl, Schnaps, Wein und anderen bezugsbeschränkten Waren. Eigenartigerweise war dieses Lager in der Autogarage dieses Kartoffelgroßhändlers untergebracht. Zur Aufklärung dieses nicht unerheblichen Einbruchs wurden nun in zahlreichen umliegenden Arbeiterwohnungen Haussuchungen vorgenommen. Auf die neugierigen Fragen, woher eigentlich diese Waren stammen, erfolgte die verblüffende Antwort, daß dies noch alte Bestände aus dem Jahre 1943 wären. Heute schreiben wir 1946, und wir können die Empörung der Bevölkerung sehr gut verstehen, die mit Recht die Frage aufwirft, wie es möglich ist, daß heute nach drei Jahren noch Läger aus der Nazizeit existieren, die doch aller Vermutung nach nur für Schiebergeschäfte Verwendung finden.

Was sagt übrigens das Landeswirtschaftsamt dazu, daß bei Kuch schon wochenlang Kisten mit Trockenkartoffeln in seiner Garage lagern, und zwar zu einer Zeit, wo in Mannheim eine sehr große Kartoffelknappheit besteht?

#### Autolager Haefele?

Unsere Kraftfahrzeuge sind durch das Fehlen von Ersatzteilen in einem derart schlechten Zustand, daß dadurch täglich Menschenleben gefährdet sind. In den letzten 6 Wochen sind 67 größere Verkehrsunfälle gemeldet worden, davon 7 tödlich. Unsere Ernährung, der Hausbrand für den Winter ist durch den Ausfall von Transportmitteln in Frage gestellt. Jeder wissenschaftliche Entzug von Ersatzteilen ist in unserer jetzigen katastrophalen Notlage ein Verbrechen.

Die Firma Paul Haefele, Mannheim, die unter Vermögenstreuhand steht, hat in verschiedenen Lagern, wie in Feudenheim, Ilvesheim Ersatzteile im Wert von ca. 170 000.— RM aufgestapelt und der Allgemeinheit entzogen. Es war bis heute nicht möglich, diese Ersatzteile dem Kraftfahrzeughandwerk zuzuführen. Daß Paul Haefele ein Nazi und frühzeitig der NSDAP beigetreten ist, sei nur nebenbei erwähnt.

#### Sabotierte Oefenlieferung?

Die Firma Hottinger, Mannheim, Herd- und Ofenfabrik, hat sich bereit erklärt, 500 bis 600 Oefen für Mannheim herzustellen. Die Fabrikation konnte nicht eingehalten werden, da dieser Firma nicht genügend Raum zur Verfügung steht. Die Bemühungen, von der Firma Gräßl, Mannheim, die von der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik zwei große Hallen gemietet hat, eine Halle zu bekommen, waren ergebnislos. Die Firma Gräßl steht unter Treuhand und stellt 5-6 Wohnwagen im Monat her, die nach der Pfalz verkauft werden. Der Preis für einen Wohnwagen beträgt 7500.— RM, und es ist klar, daß sich kein Arbeiter einen solchen kaufen kann. Das Holz verwendet die Firma aus einer früheren Roten-Kreuz-Sammlung, einem Kredit von 100 000.— RM für eine noch vorzunehmende Lieferung. Wie uns gesagt wurde, muß sich Herr Gräßl dieshalb noch vor dem Staatsanwalt verantworten.

Wie ist es möglich, daß ein einzelnes Nazi durch sein Verhalten die Herstellung von Oefen unterbinden kann? Hier muß schneller Abhilfe geschaffen werden.

### Sandhofen

Daß heute noch gerade in unseren oberen Verwaltungsbehörden belastete Pgs ihre „unentbehrlichen“ Dienste der von ihr so verpönten Demokratie zur Verfügung stellen, ist allgemein bekannt. Jedoch verlohnt es sich, einmal auch hinter die Kulissen der Institutionen zu schauen, die sich mit der Erziehung und Fortbildung unserer Jugend beschäftigen. Und da fällt uns z. B. gerade in Mannheim-Sandhofen auf, daß sowohl an der dortigen Schule wie auch im Ev. Pfarramt Leute residieren, deren Wirken in der Vergangenheit bestimmt wert ist, einmal unter der Lupe beleuchtet zu werden. Interessant ist dabei, daß der eine zu den durch Fragebogen Angesprochenen, jedoch wieder Entnazifizierten gehört, während der andere mit blütenweißem Fragebogen aus der Hitlerzeit hervorging.

Im ersten Falle handelt es sich um den ev. Pfarrer Bartholomä, lange vor 1933 Pg, wo er im Mittelbadischen irgendwo Leiter einer größeren NS-Kirchlichen Einrichtung war. Es ist verständlich, daß man solch eine Stütze des Dritten Reiches bei der „Macht“-Uebnahme nicht auf irgend einem kleinen Nestchen verkommen ließ. Handelte es sich doch damals seitens des Dritten Reiches auch darum, das NS-Kirchliche „Gedankengut“ in die Großstadt zu tragen. Also versetzte man den Streiter Christi nach Mannheim-Sandhofen. Bartholomä wurde Mitglied des SS-Reitersturmes und nahm für sich den traurigen Ruhm in Anspruch, anlässlich des Erntedankfestes 1933, nachdem man den damaligen SPD-Stadtverordnetenvorsteher Schweizer aus der Wohnung geschleppt hatte, weil er die Fahne nicht grüßte und ihn auf dem Rednerpult zwang, den Hitlergruß zu erweisen, von derselben Rednerbühne dann die „Gedenkrede“ zu halten.

Redend und reifend durehgaloppierte Herr Bartholomä die zwölf Jahre, um nach dem Umbruch nicht etwa neuere zu Picke und Schaufel zu greifen, sondern um als kommissarischer Bürgermeister in Sandhofen zu amtieren. Nach der Verhaftung verschiedener schwerbelasteter Nazis verschaffte sich der christliche Reitersmann in seiner Eigenschaft als Seelenhirte Einlaß ins Landesgefängnis, um seine Nazifreunde, die dort auf den Abtransport nach Ludwigsburg warteten, wahrscheinlich noch im Sinne der „Deutschen Christen“ seelisch zu stärken. Daß er bei seinem Besuch den ebenfalls verhafteten NS-Propagandaleiter, weil dessen Frau scharfe Gegnerin der Kirche war, vergaß, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Uns selbst ist nur bekannt, daß Markus 16, Vers 15, besagt: „Gehet hin in alle Welt“, und nicht reißt.

Und heute? — Bartholomä soll von der Spruchkammer bereits entnazifiziert sein.

Beim zweiten Fall handelt es sich um den in Amt und Würden befindlichen Rektor Wilhelm Stolz, bekannt unter dem Titel: „Der Theaterspieler von Sandhofen“. Stolz bemühte sich im Dritten Reich mit allen Mitteln, in die Partei aufgenommen zu werden, wurde jedoch stets, da er Logenmitglied war, abgelehnt. Dies hinderte ihn jedoch absolut nicht daran, daß er allen Kindern, die nicht den Hitlergruß erwiesen, ins Gesicht schlug und jeden einzelnen 10-15mal in strammer Haltung an sich vorbeigehen ließ, um diesen Gruß sich vorleihen zu lassen. Heute verfügt er natürlich über einen schneeweißen Fragebogen und bemüht sich sogar, als „politisch verfolgt“ zu gelten mit Berufung auf seine damalige Logenzugehörigkeit. Auf die zahlreichen Vorhaltungen über sein brutales und unwürdiges Verhalten im Dritten Reich erklärte Stolz mit „stolz“-bewusster Brust, er habe „12 Jahre nur Theater gespielt“.

Dieser Jugenderzieher hat anscheinend ganz vergessen, daß dieses 12jährige Theaterstück sich zu einer der grausigsten Tragödien verwandelt.

### Ziegelhausen

Vor etwa einem Jahre wurden dem Kindernährmittelfabrikanten Franz Haaf, ehemals typischer Vertreter des Dritten Reiches und Pg-Gewinnler, vom Landesernährungsamt Heidelberg rund 5 000 Zentner Kartoffeln zur Herstellung von Nahrungsmitteln zugewiesen, obwohl die maschinelle Einrichtung zur Inangasetzung der Produktion nicht vorhanden war und man damit rechnen mußte, daß die Beschaffung derselben noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Selbst die einfachste Pflicht, sich darum zu kümmern, ob dieses wichtige Nahrungsmittel auch sachgemäß gelagert würde, wurde grüßlichst verletzt, sodaß rund 3 000 Zentner Kartoffeln verderben. Obwohl der Ortsausschuß des AFGB Heidelberg schon vor Monaten diesbezüglich beim Landesernährungsamt vorstellig war, ist bis heute anscheinend noch nichts geschehen, um die Schuldigen festzustellen. Obwohl Haaf dafür bekannt ist, daß er im Dritten Reich die örtliche Prominenz laufend mit Kakao und Schokolade belieferte, fühlt er sich heute anscheinend wieder so sicher, daß er bereits wieder, obwohl er keine betriebsfähige Heizanlage besitzt, zu produzieren beginnt und dafür sich Lastwagen mit Kohlen und Koks aus irgend welchen ominösen Quellen anfahren läßt. Anlässlich dieses Falles eine Frage an den Bürgermeister Westermann:

„Was ist Ihrerseits unternommen worden, um einem weiteren Diebstahl von Lebensmittelkarten, die ja schon den dritten oder vierten Fall bedeuten, vorzubeugen?“

### Nußloch

Wie uns mitgeteilt wird, liegen im Gemeindefeld Nußloch seit Jahr und Tag wertvollste Nutzstammhölzer, und zwar rund 50 Stämme, also ca. 40 Ster, die durch Witterungseinflüsse und langes Liegen nicht nur nicht mehr als Nutzholz verwendet werden können, sondern sogar als Brennholz unbrauchbar geworden sind.

Es ist ein Hohn, daß man auf der einen Seite wertvollstes Volksgut verkommen läßt, während auf der anderen Seite Menschen frieren. Nach einer früheren Gepflogenheit ist Holz, das nicht termingemäß im Walde abgeholt wurde, an die Gemeinde zur anderweitigen Verwendung zurückgefallen.

Das Forstamt Wiesloch bzw. das Bürgermeisteramt Nußloch hat das Wort.

### Heinsheim

Aus verschiedenen Zuschriften entnehmen wir, daß der Bürgermeister der Gemeinde, der der CDU sehr nahesteht, noch heute die ehemalige jüdische Synagoge im Besitz hat und als Scheuer benützen soll. Nach seinen Angaben will er dieselbe von der in der Versenkung verschwundenen NSDAP gekauft haben: Immerhin muß er doch als angeblicher Nicht-Pg sich ganz guter Beziehungen zur Partei erkleut haben, um bei diesem Kauf berücksichtigt worden zu sein. Es mutet eigenartig an, daß er sich als anständiger Christ und eifriger Kirchenbesucher kein Gewissen daraus macht, dieses ehemalige Gotteshaus nach der damaligen von ihm angeblich selbst durchgeführten Demontage heute noch als Scheune zu benützen. Vielleicht kann der Herr Bürgermeister der mit Recht empörten Bevölkerung verraten, wo die aus der besagten Synagoge ausgebauten Kronleuchter sich befinden. Sollten dieselben evtl. bei einer Metallsammlung der braunen Garde gegen ein Diplom eingetauscht worden sein?

In diesem Zusammenhang eine weitere Frage: Wie verhält es sich eigentlich mit der seitens des Bürgermeistersohnes getätigten Schwarzschlachtung, die nun als Notschlachtung getarnt werden soll? Sollte letzteres zutreffen, so ist es nicht ganz erklärlich, warum schon zwei Tage vor diesem Ereignis die Würstbüchsen abgeschnitten wurden.

Die Öffentlichkeit erwartet in Bälde eine erklärende Stellungnahme.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 7, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10. Telefon Nr. 433 00. Auflage 65 000. Druck: Gebrüder Diebold, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttg., Fr. 10. 6. 46.